

Kolumne aus dem Tagesspiegel vom 04.11.2022

Der israelische Wähler hat einen Weltrekord aufgestellt: Am 1. November 2022 ging er zum fünften Mal seit April 2019 zur Wahlurne, um die Patt-Situation zwischen Benjamin (Bibi) Netanjahus Lager und dem „Bloß-nicht Bibi“-Lager zu beenden. Diesmal haben die Wähler eine klare Entscheidung herbeigeführt: Bibis Lager gewann die Wahlen, und obwohl er wegen Korruption unter Anklage steht, wird er wieder Regierungschef. Wie ist dieser Durchbruch zu erklären?

Um die politische Stimmung der israelischen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten in einem Wort zusammenzufassen, reicht der einfache Begriff „Rechtsruck“ aus. Rechts bedeutet in Israel nicht unbedingt eine konservative oder neo-liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik; auch geht es nicht nur darum, ein betont nationalistisches Programm zu fördern, sondern meist bedeutet es ein ethnozentrisches Verständnis von Staatsbürgerschaft: Der jüdische Staat darf nicht – und das wird offen herumposaunt – „der Staat aller seiner Bürger“ sein, sondern soll sich allein um die jüdische Mehrheit sorgen. In anderen Worten: Die Mehrheit der israelischen Juden hält es für richtig, dass die mehr als 20 Prozent der israelischen Bürger, die palästinensische Araber sind, im politischen Entscheidungsprozess nur eine untergeordnete Rolle spielen dürfen.

Der „Rechtsruck“ dauert bereits seit Jahrzehnten an, und die Entscheidung der israelischen Wähler am vom Dienstag war nur ein weiterer, aber unübersehbarer Schritt in diese Richtung. Nicht so sehr wegen eines dramatischen Zuwachses in der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen für die Parteien der Rechten. Entscheidend war einerseits die Zersplitterung und Dezimierung der linken Parteien (die Arbeitspartei und die liberale Partei haben zusammen nur magere 6,5 Prozent der Stimmen erhalten) wie auch der Parteien der arabischen Minderheit, andererseits aber die Radikalisierung und Verrohung der Botschaft des rechten Lagers.

In Netanjahus Likud-Partei (etwa 23 Prozent der Stimmen) sitzen die eher moderaten Politiker nicht mehr im Parlament. Angriffe gegen die Justiz, gegen liberale Werte, gegen die „Eliten“ sind in dieser Partei mittlerweile zum täglichen Brot geworden. Die zwei Parteien der Ultra-Orthodoxie (zusammen etwa 15 Prozent der Stimmen), der automatischen Koalitionspartner Netanyahus, lassen keine Frauen als Abgeordneten zu, beharren auf der Einführung der Halacha (jüdisches Gesetz) als Staatsgesetz, und beanspruchen für Israel die besetzten Gebiete aufgrund der biblischen Verheißung. Da der Anteil der Ultraorthodoxen in der jüdischen Bevölkerung ständig wächst, ist die Fortsetzung des Rechtsrucks dank dieser Bevölkerungsgruppe garantiert.

Doch dann ist da noch der vierte potenzielle Koalitionspartner, der radikalste – die „Partei des religiösen Zionismus“. Das ist die Partei, die nicht nur für eine aggressive Siedlungspolitik steht, sondern auch, in ihren eigenen Worten, den arabischen Israels zeigen möchte, wer „Herr im Haus“ ist.

Auf dem Wahlzettel jeder Partei in Israel steht, fett gedruckt, ein Buchstabe als Kennzeichen; T ist der Buchstabe auf dem Zettel dieser „Religiösen Zionisten“ – es steht für Transfer. Die Abgeordneten dieser Partei, und allen voran der rabiate Araber-Hasser Itamar Ben-Gvir, konkurrieren miteinander, um das ganze Land im

national-religiösen Sinn jüdisch zu gestalten. Feinde sind nicht nur „die Araber“, sondern auch die „Linken“ – alle Feinde sollten des Landes verwiesen werden können. Der Gewaltausbruch zwischen Juden und Arabern im Kernland Israel während des Gaza-Kriegs 2021 war Wasser auf den Mühlen von Ben-Gvirs Hetze gegen die israelischen Araber. Seine Rhetorik lässt aufgeklärte Menschen, die die Sprache des europäischen Rassismus von vor hundert Jahren kennen, schauern.

Diese vier Parteien haben nun die absolute Mehrheit im Parlament, und diese Mixtur aus Fundamentalismus, Populismus, Nationalismus und Rassismus, die diese Parteien charakterisiert, bedeutet eine extreme Gefährdung der israelischen Demokratie. Falls diese Koalition tatsächlich zustande kommen und ihre Agenda umsetzen sollte. Dass die Zweistaaten-Lösung des Konfliktes mit den Palästinensern dann von der neuen Regierung für Verrat an den jüdischen Staat und an die göttliche Verheißung gehalten wird, ist selbstredend. Auch wenn der Rechtsruck bereits lange im Gange war, so birgt eine solche Koalition die Gefahr einer beängstigenden Radikalisierung. Falls Ben-Gvir den Posten des Ministers für Innere Sicherheit, den er für sich beansprucht, tatsächlich erhält, ist die Verschärfung des Konflikts zwischen Juden und Arabern im Kernland Israel vorprogrammiert.

Dazu könnte es kommen, wenn sich nicht noch die Möglichkeit anbietet, entgegen allen Wahlversprechen in beiden Lagern, eine Große Koalition zu schaffen, mit oder ohne die Partei der „religiösen Zionisten“.

Nun stellt sich die Frage: Kann Netanjahu tatsächlich mit dieser rechtsradikalen Koalition regieren? Wohlwissend, dass die Umsetzung der radikalen Pläne innenpolitisch und außenpolitisch höchst problematisch sein werden. Die amerikanische Regierung hat Netanjahu bereits davor gewarnt, Ben-Gvir in die Regierung aufzunehmen. Wenn aber das Wunder nicht geschieht und keine Große Koalition entsteht, wird die erwartete Einstellung des Strafverfahrens gegen Netanjahu noch das kleinere Übel sein.

Sollte es unter einer neuen Regierung zur Annexion der besetzten Palästinensergebiete kommen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch die Beziehungen zu den arabischen Staaten der Abraham-Verträge, die als Ausweg aus der Isolation Israels in der Region gefeiert wurden, in Gefahr geraten.

Wie wird dann die EU, wie wird Deutschland reagieren, wenn auf die Wahlversprechen jetzt die Taten folgen? Die Umsetzung der radikalen Agenda der Rechts-Regierung wird unausweichlich zum Konflikt mit der Europäischen Union führen. Für die Bundesregierung, deren Außenministerin Annalena Baerbock nicht müde wird, die wertebasierte Außenpolitik zu unterstreichen, wird die israelische Politik höchst problematisch werden. Da die Pläne und Absichten der neuen Abgeordneten des „Religiösen Zionismus“ bekannt sind, wäre es unverzeihlich, wenn Deutschland seine Politik des Wegschauens von den Missetaten Israels fortsetzen würde. Gerade weil für Deutschland Israel Teil der eigenen Staatsräson ist, muss jetzt besser aufgepasst und mehr Engagement gezeigt werden.

Shimon Stein und Moshe Zimmermann